



Karl Brenke, Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Asylstrom: Parolen reichen nicht, Konzepte sind nötig

„Wir schaffen das!“, erklärte die Bundeskanzlerin im Spätsommer dieses Jahres angesichts des immer stärker anschwellenden Zustroms an Asylsuchenden. Was ist zu schaffen? Zunächst gilt es, die Menschen aufzunehmen und über ihr Asylbegehren zu entscheiden. Für Verpflegung und Unterbringung wird zwar gesorgt, allerdings meist in Provisorien wie zum Beispiel in Turnhallen. Schlimm ist es um die Asylverfahren bestellt. Zum einen gibt es das Problem, überhaupt die Asylanträge zu erfassen. So wurden in der Zeit von Januar bis November 965 000 Asylsuchende gezählt, aber nur 425 000 Asylanträge registriert. Entschieden wurde im selben Zeitraum lediglich über 240 000 Anträge; einen zweiten und ebenfalls wachsenden Stau gibt es also bei den Verfahren selbst. So kam im November auf sechs in Deutschland ankommende Asylbewerber gerade ein entschiedenes Verfahren. Es ist nicht abzusehen, wann der aufgehäuften Berg an unerledigten Verfahren kleiner wird. Ein erträglicher Normalzustand liegt in ganz weiter Ferne.

Dabei ist die Abwicklung der Asylverfahren noch die kleinste Aufgabe. Die anerkannten Asylbewerber brauchen reguläre Wohnungen. Da sie nach allen Erfahrungen Netzwerke von Verwandten oder Bekannten nutzen werden, dürften sie kleinere Kommunen eher meiden und vor allem in die größeren Städte ziehen. Hier ist Wohnraum allerdings knapp, sodass zusätzlicher geschaffen werden muss. Mit dem Bau neuer Wohnungen wird es aber nicht getan sein. Es bedarf stadtplanerischer Konzepte, um die Bildung von Ghettos zu vermeiden. Die soziologische Forschung weiß seit mehr als 70 Jahren: Je größer die stadträumliche Konzentration einer bestimmten Migrantengruppe ist, desto geringer ist der Anreiz zur Integration in die aufnehmende Gesellschaft. Dass es entsprechende stadtplanerische Aktivitäten gibt, ist nicht bekannt. Stattdessen setzt etwa Hamburg auf neue Großsiedlungen. Vielleicht geht es angesichts des starken Asylstroms auch gar nicht anders. Man schafft damit allerdings Strukturen wie in den Pariser Banlieues.

Ebenfalls grundlegend für eine Integration ist die Aufnahme einer bezahlten Beschäftigung. Als eine große Hürde bei der Jobsuche dürften sich für viele Asylsuchende ihre unzureichenden Sprach- und nicht selten auch Schriftkenntnisse erweisen. Über die beruflichen Fähigkeiten der Geflüchteten weiß man bisher kaum etwas. Bekannt ist aber, dass es ein Berufsbildungssystem wie in der Bundesrepublik in deren Herkunftsländern nicht gibt. Dort wird allenfalls eine akademische Ausbildung angeboten; der Erwerb einer mittleren Qualifikation erfolgt eher auf einem informellen Weg (learning by doing). Ein Blick auf die Wirtschaftsstrukturen in Vorderasien und den Ländern Afrikas südlich der Sahara legt nahe, dass viele Asylsuchende – abgesehen von einigen Akademikern – überhaupt keine Berufsausbildung nach deutschen Maßstäben haben, weil sie dort nicht benötigt wurde. Sie werden deshalb vor allem einfache Jobs nachfragen. Hier ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage aber besonders ungünstig: Bei einfachen Jobs kommen auf eine bei den Arbeitsagenturen gemeldete offene Stelle derzeit elf Arbeitslose, für die nur eine solche Stelle in Frage kommt. Überdies verlieren dem Trend nach einfache Tätigkeiten immer mehr an Bedeutung. Allerdings ist ein großer Teil der Asylsuchenden jung. Für sie böte sich eine Lehre an. Aber auch hier stellt sich – abgesehen von der Sprache – das Problem der Vorkenntnisse. Eine Schulausbildung von mindestens zehn Jahren, wie in Deutschland, gibt es in den Herkunftsländern der Geflüchteten nicht. Um auf das Niveau eines deutschen Hauptschulabschlusses zu kommen, müssen daher wohl zunächst Bildungslücken geschlossen werden. Entsprechende Angebote dafür fehlen aber.

Von „Wir schaffen das“ kann daher bislang keine Rede sein. Die Politik beschränkt sich weitgehend – und zwar mehr schlecht als recht – auf die Verwaltung der Zuwanderungswelle. An weiterreichenden Konzepten für die Integration mangelt es jedoch.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
82. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Marie Kristin Marten  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Stefan Bach  
Karl Brenke

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.